



Solidarität mit Hausbesetzer*innen der HBK

Kriminalisierung von notwendigem Protest beenden

Der AStA der Uni Hannover solidarisiert sich mit den Protestierenden an der HBK in Braunschweig und begrüßt die mit den Protesten einhergehende Besetzung der Ateliers. Wir unterstützen die Forderungen der Studierenden an der HBK nach durchgehend geöffneten Ateliers. Wir fordern die umgehende Einstellung aller Strafverfahren im Zusammenhang mit der Hausbesetzung.

Kriminalisierung von notwendigem Protest beenden

Mit Fassungslosigkeit beobachten wir die Kriminalisierung von Studierenden, die sich eigentlich nur besonders ehrgeizig für ein selbstbestimmtes und umfangreiches Studium einsetzen. Der AStA der Uni Hannover dazu: „Es ist bemerkenswert mit wie viel Elan das Präsidium der HBK sich bemüht die Studierenden vom eigenständigen Lernen abzuhalten. Die Unileitung nimmt lieber die Inhaftierung ihrer eigenen Studierenden in Kauf als sich selbst einen Fehler einzugestehen. Dabei gibt es kaum Argumente die gegen einen offenen Dialog sprechen.“

Kritische Bildung jetzt - Ökonomisierungsprozesse Beenden

Dass an Hochschulen in Niedersachsen die Interessen von Studierenden oftmals übergangen werden ist nichts neues. Immer wieder werden wichtige Lehrstühle gestrichen und anstatt kritische Wissenschaften zu fördern. Stattdessen konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Hochschulleitungen zunehmend auf naturwissenschaftliche Studiengänge und gewinnbringende Drittmittelforschung. Gerade in diesen Zeiten ist die Besetzung der HBK ein wichtiges Warnsignal endlich wieder Bildung in den Fokus der Universitäten zu nehmen.

Demokratische Mitbestimmung stärken - Studierende an der akademischen Selbstverwaltung beteiligen

Die Besetzung der Ateliers ist der erste richtige Schritt zu mehr Mitbestimmung der Studierenden. Der Fall an der HBK zeigt es eindeutig: Eine von Professor*innen dominierte akademische Selbstverwaltung bekommt es nicht hin die Interessen der Studierenden angemessen zu vertreten. Deshalb muss Hochschule demokratischer gestaltet werden und Studierende stärker an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt werden. Die im dazu im Niedersächsischen Hochschulgesetz festgeschriebenen Möglichkeiten sind nicht ausreichend!